

	Anfragen-Nr.	
	AF-0435/2019	

Anfrage

Patrick Wieschke
Fraktionsvorsitzender der
NPD-Stadtratsfraktion

Betreff
Anfrage der NPD-Stadtratsfraktion - Antifaschistischer Ratschlag in der Goetheschule II

I. Sachverhalt

Es wird sich bezogen auf die Anfrage AF-0429/2018 und deren Beantwortung durch die Oberbürgermeisterin. In der Antwort rechtfertigt die Oberbürgermeisterin die Vermietung einer Schule an den sogenannten „Antifaschistischen Ratschlag“ mit einer Preisvergabe durch einen ebenfalls linken Minister und Genossen. Des Weiteren damit, dass der Ratschlag ja deshalb in Eisenach stattgefunden habe, weil sich in Eisenach die Landesgeschäftsstelle der NPD befindet. Es ist höchst fragwürdig, den geschützten Raum einer Schule deshalb an pol. Gruppierungen zu vermieten, weil ein Genosse diesen Genossen einen Preis verliehen hat und weil sich in derselben Stadt eine Geschäftsstelle einer zugelassenen und auch im Stadtrat als Teil der Verwaltung befindlichen Partei befindet. Fragwürdig ist auch, dass eine Preisvergabe durch einen Minister mit Parteibuch der Linkspartei dafür herhalten muss, Veranstaltungen zu legitimieren, auf denen dann ebenfalls Politiker der Linkspartei zu Wort kommen und damit mindestens indirekt Werbung für ihre Partei machen. Hinsichtlich künftiger Nutzungen teilte die OB mit, dass Vermietungen dann ausscheiden, wenn der Nutzungszweck darauf ausgerichtet sei, „verfassungsfeindliche Positionen“ zu vertreten. Dabei organisieren sich im „Antifaschistischen Ratschlag“ auch Gruppierungen, welche ausdrücklich in den Berichten des Landesamtes für Verfassungsschutz Erwähnung finden und ebenfalls als „verfassungsfeindlich“ eingestuft werden. Diesen Umstand ignoriert die Oberbürgermeisterin und suggeriert daher, dass ihr linke „Verfassungsfeinde“ in öffentlichen Einrichtungen genehm sind. Im Jahr 2009 klagte sich die NPD darüber hinaus erfolgreich in das Eisenacher Bürgerhaus ein, weil dort auch andere pol. Parteien tagen durften und jede zugelassene Partei gleichbehandelt werden muss. Davon ausgegangen, dürfte eine Vermietung von Schulen an andere pol. Gruppierungen nun auch Tür und Tor geöffnet sein.

II. Fragestellung

1. Auf welcher Basis wurde der Mietpreis i.H.v. 400 Euro für wie viele Flächen nach qm errechnet und welche Richtlinien waren für die Mietpreisfindung ausschlaggebend?
2. Weshalb wurde für einen sensiblen Bereich wie eine Schule keine Kautionsvereinbarung und müssen die Veranstalter für die Kosten der zusätzlichen notwendigen Reinigung aufkommen? Wenn letzteres mit Ja beantwortet werden kann, wann und in welcher Höhe? Wenn Nein, warum nicht?
3. Ist der Oberbürgermeisterin bekannt, dass sich im „Antifaschistischen Ratschlag“ auch als „verfassungsfeindlich“ eingestufte Gruppierungen organisieren und wenn Ja, wie ist das mit dem von der OB selbst formulierten Nutzungszweck in Einklang zu bringen?

4. Ist der Oberbürgermeisterin die erwähnte Klage aus 2009 bekannt und wie können aus Ihrer Sicht entsprechende Begehren anderer pol. Gruppierungen, wie etwa pol. Vereinen, vor dem Hintergrund des zugrundeliegenden Gleichbehandlungsgebotes in Zukunft eingeschätzt werden?
5. Wie bewertet die Oberbürgermeisterin den Auftritt von Parteipolitikern vor dem Hintergrund der Regelungen in §56 des ThürSchulG während der Veranstaltung?

Patrick Wieschke
Fraktionsvorsitzender der
NPD-Stadtratsfraktion



EISENACH

DIE WARTBURGSTADT



Stadtverwaltung · Postfach 101462 · 99804 Eisenach

Patrick Wieschke
Fraktionsvorsitzender der
NPD-Stadtratsfraktion

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Datei, unsere Nachricht vom

Datum
30.01.2019

Beantwortung der Anfrage der NPD-Stadtratsfraktion - Antifaschistischer Ratschlag in der Goetheschule II (AF-0435/2019)

Ich beantworte Ihre Anfrage wie folgt:

Zu 1.:

Für die Mietpreisfindung war der Entwurf der Richtlinie zur Vermietung der Stadt Eisenach von Schulräumen zu außerschulischen Zwecken maßgebend. Es wurde ein Mietpreis in Höhe von 775,00 € ermittelt. Die gem. Richtlinie mögliche Mietpreisminderung wurde gewährt und ein Mietpreis von 400,00 € festgesetzt. Ausgenommen von diesem Mietpreis war die Reinigung, die der Mieter in Eigenregie übernimmt.

Zu 2.:

Da Teile der angemieteten Räumlichkeiten nach Beendigung des Mietverhältnisses sich nicht in dem Zustand befanden, welche einen Schulbetrieb zulassen, wurden die Reinigungskosten in Höhe von 50,00 € berechnet.

Zu 3.:

Nein.

Zu 4.:

Vertragspartner der Stadt zur Anmietung der Räumlichkeiten war ein eingetragener Verein, der nicht mit einer politischen Partei vergleichbar ist. Insofern ist eine Übertragung des Urteils nicht möglich.

Stadtverwaltung, Markt 1, 99817 Eisenach

Sprechzeiten:

Mo 9:00 – 12:00 Uhr
Di 9:00 – 12:00 Uhr und 14:00 – 15:30 Uhr
Mi geschlossen
Do 9:00 – 12:00 Uhr und 14:00 – 18:00 Uhr
Fr 9:00 – 12:00 Uhr
<http://www.eisenach.de>
E-Mail: info@eisenach.de

Bürgerbüro Eisenach, Markt 22, 99817 Eisenach

Sprechzeiten:

Mo 8:00 - 16:00 Uhr
Di 8:00 - 18:00 Uhr
Mi 8:00 - 13:00 Uhr
Do 7:00 - 18:00 Uhr
Fr 8:00 - 16:00 Uhr
Sa 9:00 - 12:00 Uhr
E-Mail: buergerbuero@eisenach.de

Telefonzentrale: (0 36 91) **670-800**

Bankverbindung:

Wartburg-Sparkasse
BLZ 840 550 50, Konto-Nr. 2003
SWIFT-BIC: HELADEF1WAK
IBAN: DE57 8405 5050 0000 0020 03
Gläubiger ID: DE7503300000076704



Zu 5.:

Die Bestimmungen des § 56 ThürSchulG betreffen keine Veranstaltungen außerhalb des Schulbetriebes.

gez. Katja Wolf
Oberbürgermeisterin